

Heraus zum 1. Generalkommeltag am 10. August!

Nur die Mobilisierung der gesamten Parteimitgliedschaft verbürgt vollen Erfolg

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Fußball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

6. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 9. August 1930 Nummer 184

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 9. August 1930

Nummer 184

## Kampfsignal aus Mitteldeutschland!

KPD-Bürgermeister lehnen ab, Diktatursteuern einzutreiben / Folgt ihrem Ruf, organisiert den Steuerstreik! / Bildet Kampfkomitees aller Werktätigen!

Die Preußenregierung hat sofortige Eintreibung der Diktatursteuern verordnet. Aber die kommunistischen Gemeindefunktionäre weigern sich, diese Steuern aus den hungernden werktätigen Massen herauszupressen. Eine Anzahl Gemeindefunktionäre hat kompromittierenden Briefen der Braun-Regierung mit scharfer Erklärung geantwortet:

Am 1. August haben die unerhörten Verschlechterungen gegen die Erwerbslosen und ihre Familien auf Grund der Diktaturverordnungen der Brüning-Regierung eingeleitet. Die werktätigen Massen, insbesondere auch die proletarischen Gemeinden, werden mit unerhörten neuen Lasten belegt. Die Gemeindefunktionäre müssen sich täglich mehr mit dem Diktaturverordnungen auseinandersetzen.

Wie dem Schweiß des arbeitenden Volkes soll der räuberische Plünderplan bezahlet werden, sollen deutsche und ausländische Kapitalisten Mehrerträge machen.

Der Diktaturparagraf 48 der Reichsverfassung und der entsprechende Paragraf 55 der preussischen Verfassung wurden benutzt, um unter Bruch der bürgerlichen Verfassung neue unerbittliche Steuerordnungen zu erlassen.

Diese Steuern sollen jetzt zum 1. September bzw. 1. Oktober zum erstenmal eingeleitet werden.

Die durch die preussische sozialdemokratische Diktaturverordnung entgegengesetzten Beschlüssen dieses willkürlichen Parlaments durchgeführte Erhöhung der Grundvermögenssteuer und die damit verbundene Erhöhung der Steuern ist inzwischen bereits in Kraft gesetzt. Die trasse Not der unter Lohnabbau leidenden Arbeiter, insbesondere der Erwerbslosen und Ausgeworfenen wird damit noch weiter unerhört gesteigert.

Gleichzeitig mit diesen diktatorischen Ausplünderungsmassnahmen, die von der kapitalistischen Regierung unter Bruch der eigenen Verfassung durchgeführt werden sollen, wird durch die Diktatur und Bürgermeister bei den Unterzeichneten auf Veranlassung des Regierungspräsidenten Nachfrage gehalten, ob sie den Beschlüssen des preussischen sozialdemokratischen Staatsparlaments durchzuführen haben und aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen sind.

Der Erlass des preussischen Staatsministeriums Braun-Regierung (SPD) will den mittelbaren und unmittelbaren Parteimitgliedern die Zugehörigkeit zur KPD verbieten.

Die Trustbourgeoisie erstrebt zusammen mit den Sozialfaschisten und Nationalsozialisten die reaktionäre Durchführung der Ausplünderungsmassnahmen der Werktätigen in den Gemeinden, und deshalb sollen wir revolutionären Gemeindefunktionäre aus den Verwaltungen befreit werden.

Wir kommunistischen Gemeindefunktionäre erklären, daß wir gegenüber den Diktaturverordnungen, die neue folgenlos gebliebenen Maßnahmen zur Massenbelastung erlassen wollen, für die die Sozialfaschisten in den Landesregierungen ebenso wie der Nationalsozialist Freid ihre Durchsetzungsbestimmungen erlassen haben, unsere proletarische Pflicht erfüllen werden.

Wir lehnen die Eintreibung dieser Diktatursteuern und -abgaben ab.

Der Kopf- und Ledigensteuer, dem Notopfer, den erhöhten Grund- und Gewerbesteuern, der Bier- und Schankverzehrssteuer und den Mietsteigerungen gilt unser härtester Kampf. Der Wahlkampf um die Fragen der Diktatur wird weiter Gelegenheit für eine scharfe Abrechnung bringen.

Betriebsarbeiter, Landarbeiter, Angestellte, Beamte, Erwerbslose, Jungarbeiter, Frauen, Kleinbauern und Kleingewerbetreibende!

Ihr habt uns als klassenbewußte Wähler am 17. November zu den Gemeindefunktionären entsandt. Zeigt auch jetzt, daß ihr hinter uns steht im offenen Kampf gegen eure Ausplünderung durch die Diktatur des Großkapitals.

Wir fordern die sofortige Aufhebung der Diktaturverordnungen, die sich nur gegen die arbeitenden Massen richten.

Werktätige! Wir unterbreiten euch unsere Erklärung und verpflichten uns, in diesem Sinne eure Forderungen trotz allen Terrorerlassen zu vertreten.

Heraus zur Bekämpfung der Diktaturverordnungen, zur Steuervertweigerung, zur Sabotage in

allen Dörfern und Streik in allen Betrieben zur Verhinderung der Eintreibung der Diktatursteuern der bankrotten Hungerregierung.

Halle-Merseburg, den 6. August 1930.

- Paul Steinmey, Gemeindevorsteher in Dieslau, Kreis- auswahlgemeinschaft Saalkreis
- Franz Sattler, Gemeindevorsteher in Brudorf
- Hermann Kramer, Gemeindevorsteher in Amendorf
- Franz Pöble, Gemeindevorsteher in Gleien
- Winn Kuffe, Gemeindevorsteher in Gladitz
- Emil Böhler, Stellvertreter Gemeindevorsteher in Stebtien
- Karl Gutschah, Provinzialauswahlgemeinschaft der Provinz Sachsen
- Wilhelm Wollmann, Kreiswahlgemeinschaft Saalkreis, Gemeindevorstand in Ammenborn
- Richard Hirsemann, Gemeindevorstand, Ammenborn
- Otto Stauch, Otto Härtel, Artur Klauß, Stadträte in Halle
- Robert Brauer, Kreiswahlgemeinschaft Weiskensfeld
- Willy Giesling, Otto Hartmann, Stadträte in Weiskensfeld

Otto König, Unterröhligen, Kreiswahlgemeinschaft Mansfeld  
Hermann Seyling, Kreiswahlgemeinschaft Mansfeld  
Reinhold Fritsch, Kreiswahlgemeinschaft Merseburg.

Die Erklärung der roten Kommunalfunktionäre ist ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung des außerparlamentarischen Massenkampfes gegen die Hindenburg-Brüning-Diktatur des Artikels 48.

Die roten Funktionäre erklären, daß sie nicht gebunden sind an die Verordnungen des bürgerlichen Staates, sondern daß sie sich immer und überall als Beauftragte der Arbeiterwähler fühlen.

Arbeiter, Werktätige! Nehmt sofort in allen Orten zu dem Auftreten der roten Kommunalfunktionäre Stellung!

Solidarisiert euch mit ihnen!

Fördert eure Kommunalvertreter auf, dem Beispiel dieser Vor kämpfer zu folgen!

Reicht euch ein in die breite Front der Werktätigen, die in der kommunistischen Partei die einzige Führerin aus dem Land dieser Katastrophe sehen und ihren Parolen um so mehr folgen, je härter der Terror wird.

Fürchtet euch vor nichts — gegen eure geschlossene Kraft sind die Ausbeuter machtlos!

Vormärts unter der Führung der kommunistischen Partei!

## Zum 2. Landeskongress der KPD

Heute und morgen tagt in Dresden der 2. Landeskongress der KPD. Dieser Kongress ist für das sächsische Proletariat, für die Organisation der auf der Tagesordnung stehenden revolutionären Massenkämpfe von allergrößter Bedeutung. In wochenlangender Vorbereitung in den Betrieben in den Gewerkschaften, an den Stempelstellen haben die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Massen mobilisiert für ihre Forderungen, für den Streikentstand, für die Lohn- und Gehaltssteigerung, Kampf gegen den Lohnraub und Gehaltsabbau. Überall haben die Anhänger der KPD im härtesten Kampf gestanden gegen die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie, die mit Lüge und Verleumdung, mit Ausschlüssen und direktem Terror gegen die KPD anknüpfen, um so die Arbeiter abzuhalten, ihre Delegierten zum 2. Landeskongress zu entsenden. Fruchtlos war der Kampf der reformistischen Bürokratie. Hunderte von Delegierten aus ganz Sachsen wurden gewählt, die von den Arbeitern selbst finanziert worden sind. Dieser 2. Landeskongress stellt deshalb eine ungeheure Kraft dar und ist ein höchstes Zeichen, in welchem Maße es die KPD verstanden hat, durch ihre Energie die reformistische Front zu durchbrechen, die ehr-

lichsten und klassenbewußtesten Arbeiter und Arbeiterinnen um ihr Banner zu führen.

Auf dem 1. Landeskongress der KPD in Chemnitz wurden die Aufgaben fest umrissen und die Methoden des Kampfes niedergelegt. Rückhalt haltend können wir sagen, daß die gestellten Aufgaben trotz mancher opportunistischer Schwankungen im wesentlichen erfüllt sind. Als wichtigstes Merkmal damals vor der KPD, den Betriebsrätemkampf zu organisieren, um so in den wichtigsten Betrieben die reformistische Front zu durchbrechen und die Führung der Betriebsbelegschaften durch die KPD zu erobern. Eine ganze Anzahl neuer Positionen wurden von uns gewonnen. In 130 Betrieben wurden rote Listen aufgestellt, und trotz erbittertem Kampf der Reformisten im Bündnis mit dem Unternehmertum konnte die KPD große Erfolge buchen.

Der Streik der Recenia-Arbeiter in Hartmannsdorf, der unmittelbar vor dem 1. Landeskongress der KPD ausgebrochen war, zeigte die richtige Methode des Kampfes, die einflusslose Führung, das Bündnis der Betriebsbelegschaften und Erwerbslosen, durch welche die Feinde des Proletariats, die Reformisten sich in kürzester Zeit offen als Streikbrecher entlarven mußten. Wie in Hartmannsdorf, so erfüllte die KPD auch in anderen Betrieben ihre Pflicht, den Kampf der Belegschaften zu organisieren. Überall blieb sie auf erbitterter Feindschaft der Gewerkschaftsbürokratie und den Kreis der reformistischen Betriebsfunktionäre, die in ihrer reformistischen Einstellung alle Verbrechen der Gewerkschaftsbürokratie verteidigten. Es gelang der KPD deshalb vielerorts noch nicht entgegen der reformistischen Sabotage Kämpfe der Belegschaften gegen den Lohnraub auszulösen. Belobenswert ist dafür die Bewegung in der Metallindustrie kennzeichnend. Die Reformisten und die mit ihnen im Bündnis stehenden Funktionäre haben es bisher vermocht, die Metallarbeiter von einem geschlossenen Kampf abzuhalten, obgleich seit Monaten die Metallindustrie den Tarif gekündigt haben zu dem ausgesprochenen Zweck, die Löhne zu kürzen und die Ferienterminale zu verschlechtern.

Nur in der Tomag, wo die Direktion als erste dazu übergegangen ist, den Lohn herabzusetzen, traten die Arbeiter geschlossen in den Streik! Die ganze Haltung der Leiharbeiter und

## Der Banzerkreuzer und die Delegiertenkonferenz der SPD

Morgen tritt die Bezirkskonferenz der Sozialdemokraten zusammen. Ob Frau Sender und die anderen Führer der SPD an diesem Tage die Arbeiter daran erinnern werden, daß es am 10. August 1928 war, wo Müller, Gillerding und Willel behielten, den Banzerkreuzer A zu bauen, wo die SPD-Führer ihre Wähler ins Gesicht schlugen, denen sie versprochen hatten, für Kinderpeinigung zu sorgen? Werden die Herrschaften den Arbeitern in der SPD auch sagen, daß gerade die „linken“ Führer es waren, die alle Kräfte anspannten, die Empörung der Arbeiter einzudämmen? Toni Sender selbst log bekanntlich den freitäter Arbeiter vor, daß Sendering die Arbeiter schützen wollte vor einer Diktatur der Generale. Wir erinnern die Arbeiter daran, damit sie nicht wieder auf die Wahlschlagen der SPD hereinfallen. Alle Laten der SPD und der Hermann-Müller-Koalition und auch nachdem sie eine Kette von Verbrechen gegen die Werktätigen, auf die Letzten der Proletarier in Stadt und Land geantwortet werden muß mit der Wahl der Liste 4, dem Bekenntnis zur Einheitsfront gegen die Bourgeoisie.

## Betriebsrätin tritt der KPD bei

Ramenz, 9. August.  
In der getriggen Belegschaftsversammlung der Tuchfabrik Paul Riegel in Ramenz wurde eine parteilose Betriebsrätin als Delegierte zum 2. Landeskongress der KPD gewählt. Sie gab gleichzeitig eine Erklärung ab, daß sie der KPD beitrete.

Heraus zur Demonstration zur Begrüßung des 2. Landeskongresses der KPD gegen den Lohn- und Unterstützungsraub Stellen Sonnabend 17 Uhr Popplitz